



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2014/12674**
Datum: 25.03.2014
Bezug-Nummer. V/2014/12622
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	26.03.2014	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Thema Wirtschaftsförderung auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale)

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zunächst zu prüfen, ob und wie ein Branchenverzeichnis in den Internetauftritt der Stadt Halle integriert werden kann. Die Verwaltung stellt dem Stadtrat das Ergebnis der Prüfung bis zum Mai 2014 vor.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

Die Unterstützung der örtlichen Wirtschaft ist gemeinsames Anliegen aller Fraktionen im Stadtrat von Halle. In Anbetracht der Haushaltslage zwingt ein knapper Etat der Wirtschaftsförderung Mittel effektiv einzusetzen.

Entsprechend benötigen neue Förderinstrumente wie ein städtisches Branchenverzeichnis eine klare Konzeption und Zielsetzung: Wem soll welche Dienstleistung mit welchem Ziel angeboten werden? Welcher Effekt ist zu erwarten und was kostet das?

Gibt es bereits Erfahrungen aus anderen Kommunen? Sollen „nur“ Händler, Selbständige und Unternehmen aufgelistet werden oder auch Arztpraxen und weitere „Anbieter“, z.B.

Apotheken? Geht es „nur“ um Kontaktdaten oder auch um die Angabe von Dienstleistungs- und Produktspektren? Wie wird das Branchenverzeichnis selbst bekannt gemacht und beworben?

Welch erheblicher Werbe- und Logistikaufwand hinter einem (angestrebten) vollständigen und stets aktuellen Branchenverzeichnis steckt, lässt das Web-Angebot etablierter professioneller, gewerblicher Anbieter wie z.B. „Die Gelben Seiten“ vermuten.

Laut statistischem Jahrbuch der Stadt Halle gab es 2012 in der Stadt Halle 13.308 bestehende Betriebsstätten sowie 1.671 Gewerbean- und 1.750 Gewerbeabmeldungen. Hinzu kamen 758 niedergelassene Ärzte und 82 Apotheken. Allein der Pflegeaufwand dieser Adressdaten ist erheblich.

Eine klare Grenze zwischen leistbarer Verwaltungsarbeit, Wirtschaftsförderung und der Öffentlichkeitsarbeit der Unternehmen selbst ist zu ziehen.

Im Sinne einer „Public-Private-Partnership“ sollte bei einem städtischen Branchenbuch die Zusammenarbeit mit professionellen privaten Anbietern geprüft und ggf. eine verbindliche, vertraglich vereinbarte Lösung gefunden werden.

Im Übrigen sind bei der Veröffentlichung von Daten, die Belange des Datenschutzes zu prüfen und zu beachten.